Planungs- und Baugesetz

Antrag vom 25. April 2016

Steiner-Kaltbrunn

Art. 8: Rückkommen.

Antrag für den Fall, dass der Kantonsrat auf die Bestimmung zurückkommt.

Art. 8 Abs. 4 (neu): Bei Neueinzonungen sind vorrangig jene Flächen der Bauzone zuzuscheiden, die bereits weitgehend mit nichtlandwirtschaftlichen Bauten und Anlagen überbaut sind.

Begründung:

Nach der Bundesverfassung, dem revidierten Raumplanungsrecht und der Gesetzgebung über die Landwirtschaft sollen der Landwirtschaft möglichst viele Nutzflächen erhalten bleiben. Auch der Kanton St.Gallen strebt nach dem Entwurf des kantonalen Richtplans, Teil Siedlung, für welchen derzeit das Vernehmlassungsverfahren im Gang ist, in grossem Umfang Auszonungen von unüberbauten Flächen an. Somit ist es nur konsequent, wenn bei Neueinzonungen zuerst jene Flächen der Bauzone zugewiesen werden, die bereits mit nichtlandwirtschaftlichen Bauten und Anlagen weitgehend überbaut sind.

Hinzu kommt, dass weitgehend überbaute nichtlandwirtschaftliche Liegenschaften in der Regel nicht dem bäuerlichen Bodenrecht unterstellt sind. Dementsprechend werden die Grundstücke steuerrechtlich wie Bauten und Anlagen behandelt, die der Bauzone zugehören. Wenn der Staat von der nichtlandwirtschaftlichen Nutzung steuerlich profitieren will, hat er diese Flächen wenn möglich auch der Bauzone zuzuweisen.

Weil die Flächen bereits weitgehend überbaut sind, steigt auch der Anteil der unüberbauten Bauzonen (Bauzonkapazität) durch derartige Einzonungen überhaupt nicht oder nur marginal an.